

➔ www.dvgw.de

Wasserpolitisches Forderungspapier Für die sichere Wasserversorgung von morgen



8 FORDERUNGEN

Die öffentliche Wasserversorgung muss sich flexibel an sich ständig verändernde Bedingungen und Anforderungen anpassen und hierzu generationsgerechte Investitionsentscheidungen für eine weiterhin hohe Versorgungssicherheit treffen. Diese Anpassungsfähigkeit ist entscheidend für die sichere Wasserversorgung im Sinne der Daseinsvorsorge.

Um dauerhaft sauberes Trinkwasser in einer geschützten Umwelt in ausreichender Quantität und in hoher Qualität für alle zur Verfügung zu stellen, bedarf es schon heute einer Weichenstellung für die Zukunft. Hierbei ist die Unterstützung der Politik – auch im europäischen Kontext – gefordert.

Absender dieses Papiers ist der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfachs e.V. – anerkannter Regelsetzer, technisch-wissenschaftlicher Know-how-Träger und Förderer technischer Innovationen.

01

Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung stärken

Angesichts zunehmender Wasserverteilungskonflikte ist es unerlässlich, den Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung gegenüber anderen Nutzergruppen oder wirtschaftlichen Interessen Einzelner zu stärken. Zu diesem Zweck muss das überragende öffentliche Interesse im Wasserhaushaltsgesetz verankert werden.

02

Vorsorgeprinzip im bestehenden Rechtsrahmen weiterentwickeln

Um den Eintrag von Schadstoffen in die Trinkwasserressourcen effektiv zu verhindern, ist eine Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsrahmens dringend erforderlich. Es muss sichergestellt werden, dass die europäischen Zulassungsverfahren für Produkte und Stoffe künftig verstärkt Aspekte des vorsorgenden Gewässerschutzes berücksichtigen.

03

Verursacherprinzip durch Herstellerverantwortung etablieren

Um den Umgang mit unvermeidbaren Schadstoffeinträgen in Trinkwasserressourcen zu verbessern, müssen – analog zur Kommunalen Abwasserrichtlinie – auch für die Wasseraufbereitung klare Regelungen und Finanzierungsmodelle etabliert werden. Hersteller müssen in die Pflicht genommen werden, die Kosten für die Schadstoffbeseitigung zu tragen und damit ihre Verantwortung für die Umwelt zu übernehmen und einen entscheidenden Beitrag für die sichere Versorgung mit Trinkwasser zu leisten.

04

Transparenz bei trinkwasserrelevanten Emissionen herstellen

Für die Trinkwasserparameter muss Transparenz bezüglich der wesentlichen Emissionsquellen in öffentlich zugänglichen Datenbanken geschaffen werden.

Bürokratie von Genehmigungsverfahren abbauen

Analog zum „Beschleunigungsgesetz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien“ ist dringend eine gesetzliche Unterstützung erforderlich, um die Vergabe von Wasserentnahmerechten zu beschleunigen. Darüber hinaus sind Wasserrechte zu entfristen, um unnötige Verwaltungsprozesse zu vermeiden. Gleichzeitig braucht es eine radikale Vereinfachung von Genehmigungsverfahren von Wasserinfrastrukturprojekten, etwa durch die Standardisierung der Planungsverfahren und strikte Begrenzungen der Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren. Maßnahmen zum Erhalt und der Erweiterung der Infrastruktur der öffentlichen Wasserversorgung sind planungsrechtlich als Maßnahmen von überragendem öffentlichen Interesse zu priorisieren. Nur so kann eine zügige und effiziente Umsetzung notwendiger Projekte und damit die Gewährleistung der Versorgungssicherheit sichergestellt werden.

05

Staatliche Unterstützung und Finanzierung zur Stärkung der Resilienz der öffentlichen Wasserversorgung ausbauen

Insbesondere der Klimawandel erfordert in den nächsten Jahren enorme zusätzliche Investitionen in die Infrastrukturen der öffentlichen Wasserversorgung. Daher müssen zusätzliche staatliche Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen zur Klimawandelanpassung und zum Schutz der Kritischen Infrastruktur bereitgestellt werden. Die Unternehmen können dies nur mit einem Ausbau der bisherigen staatlichen Unterstützung stemmen. Neben den Förderprogrammen der Länder helfen steuerliche Entlastungen und Fondslösungen, z.B. über die KfW, die Finanzierung langfristig und nachhaltig abzusichern. Die Bundesländer und die Kommunen müssen bei der Entwicklung einer klimawandelresilienten Wasserversorgungsstruktur vom Bund unterstützt werden.

06

Innovationen vermehrt fördern

Um Innovationen voranzutreiben, ist eine deutliche Erhöhung der staatlichen finanziellen Unterstützung für Forschung und Entwicklung unerlässlich. Politisch anschlussfähige Forschungsergebnisse, wie aktuell zum Thema „PFAS“, müssen genutzt werden, um den bestehenden Rechtsrahmen weiterzuentwickeln und marktfähige, neue Produkte zu entwickeln. Innovationen unterstützen zudem den klimawandelresilienten Umbau der Wasserinfrastruktur. Reallabore und großskalige „Best Practices“ sind entscheidend, um den zügigen Transfer in die Praxis zu ermöglichen. Dem Abbau an Lehrstühlen im Bereich Siedlungswasserwirtschaft an Hochschulen ist durch Forschungsförderung zu begegnen, um den Fachkräftenachwuchs für die Zukunft abzusichern.

07

Öffentliches Wasserbewusstsein schärfen

Mittels gezielter und großflächiger Kampagnen muss der Wert des Wassers in Politik und Gesellschaft zunehmend und nachhaltig verankert werden. Nur durch ein verstärktes Bewusstsein für die Bedeutung der lebenswichtigen Ressource schafft Akzeptanz für die notwendigen Schutz- und Vorsorgemaßnahmen. Die Ernennung von Wasserbeauftragten des Bundes und der Länder sowie die Einrichtung einer zentralen Wasserstiftung wären entscheidende Schritte, um diesen Zielen gerecht zu werden.

08



Impressum

Herausgeber

DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Technisch-wissenschaftlicher Verein
Josef-Wirmer-Straße 1–3 · 53123 Bonn
info@dvwg.de · www.dvgw.de

Ansprechpartnerin

Marika Holtorff, Referentin Wasserpolitik
marika.holtorff@dvwg.de
+49 176 152 292 47

Gestaltung

mehrwert intermediale kommunikation GmbH, Köln · www.mehrwert.de

Bildnachweis

Titel: © Gelsenwasser · Innen: © adobestock/Maksim Shebeko

© DVGW Bonn · Stand November 2024